

■ Relikte...

... – damit muss bei den Unikliniken Schluss sein. Seite 3

■ Krankenhaus-Barometer

Kliniken suchen dringend Ärzte. Seite 3

■ EU-Richtlinie

Fachausschuss im EU-Parlament lehnt Revisionspläne zur Arbeitszeitrichtlinie ab. Seite 4

■ TdL-Tarifrunde 2009

Vorbereitungen laufen auf Hochtouren. Seite 5

■ MB-Hauptversammlung

Detaillierte Infos und alle Beschlüsse auf den Seiten 6, 7, 8 und 9

■ DocSteps

Ein Schwerpunkt der MB-Messe war die Weiterbildung. Seite 10 und 11

■ Medizinstudium

MB-Kontaktstudenten befassten sich mit dem PJ. Seite 12

■ Landesverbände

In dieser Ausgabe auf den Seiten 13 und 14 Nordrhein (regional) Seite 13

Nordrhein-Westfalen/
Rheinland-Pfalz

(regional) Seite 13 und 14

■ Stellenmarkt

In dieser Ausgabe auf den Seiten 16 bis 21

Adressupdate

Höhere Gehälter für toi

Facettenreiche öffentliche Veranstaltung / Krankenhausfinanz



Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt zu Gast auf der 114. MB-Hauptversammlung (Foto rechts) – Gelegenheit, um noch mal die MB-Positionen deutlich zu machen (Foto links).

Berlin (ass). Eine Erhöhung der Finanzhilfen für die Krankenhäuser um 1,5 Mrd. Euro, die Aufnahme der Krankenhäuser in das von der Bundesregierung in Aussicht gestellte Konjunkturförderungsprogramm und eine bessere Vergütung der in der Forschung tätigen Ärztinnen und Ärzte – das sind zentrale Forderungen des Marburger Bundes, die auf der 114. Hauptversammlung aufgestellt wurden. Mit Beschlüssen wurden diese Forderungen gut begründet untermauert (siehe S. 8 und 9).

MB-Vorsitzender Rudolf Henke nutzte den Besuch von Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt dazu, die MB-Sicht, vor allem zur notwendigen 100-Prozent-Refinanzierung der Perso-

nalkosten im Krankenhaus, noch einmal darzulegen. Schmidt bekundete für dies und vieles andere Verständnis, wies aber auf die altbekannten allgemeinen Zwänge und Notwendigkeiten im Gesamtsystem GKV hin. Sie hatte außerdem zunächst in ihren Ausführungen dem Ansinnen des GKV-Spitzenverbandes, die zugesagten Finanzmittel noch einmal zu kürzen (siehe Artikel unten) eine Absage erteilt. Aber noch beim Hinausgehen äußerte sie gegenüber MB-Vertretern, nachdem Henke sie dafür ausdrücklich vor den 203 MB-Delegierten gelobt hatte, dass man da nichts überinterpretieren solle (mehr zu ihrem Grußwort und dem weiteren politischen Vertreter auf S. 9).

Die 203 MB-Delegierten beschäftigten sich zudem intensiv im Rahmen der öffentlichen Veranstaltung zum Thema „Gesundheit braucht Forschung – Forschung braucht motivierte Ärzte“ mit den Rahmenbedingungen klinischer Forschung. Dazu waren auch externe Experten geladen worden, die das Thema beleuchteten. MB-Vorsitzender Henke monierte eine „Mauer vor den Forschungsinstituten.“ Wie in kaum einem anderen Land werde Forschung zur Feierabendbeschäftigung degradiert. Hintergrund sei die Weigerung der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL), überwiegend in der Forschung tätige Universitätsärzte in den Geltungsbereich des arzt-spezifischen Tarifvertrages aufzuneh-

Krankenhausfinanzierungsrahmengesetz

Weiterhin hochbrisante Gemeng

GKV-Spitzenverband bekämpft Zusatz-Finanzierung

Berlin (ass). Mit allen Mitteln ist derzeit der Spitzenverband der Krankenkassen darum bemüht, die von der Politik bisher zugesagten zusätzlichen Finanzmittel für die deutschen Krankenhäuser zu konterkarieren.

Der dazu gewählte Schachzug ist zugegebenermaßen nicht ungeschick, deshalb umso gefährlicher. Denn es wird in einem Schreiben der Vorsitzenden des Vorstands des GKV-Spitzenverbandes Dr. Doris Pfeiffer an

Und so rechnet Dr. Pfeiffer in dem Schreiben vor, dass allein durch die Schließung der Lücke zwischen Landesbasisfallwerten und den durchschnittlichen krankenhausindividuellen Basisfallwerten ein Einsparpotenzial von rund 600 Mio. Euro entstehe, durch die Kürzung der Vergütung von Mehrleistungen der Krankenhäuser auf 35 Prozent im Jahr 2009 (Höhe der variablen Kosten) ein Einsparpotenzial von rund 700 Mio. Euro. Macht unter dem

ein sehr gefährliches Szenario, das im allgemeinen politischen Tauziehen Realität werden könnte.

Und das spielt sich vor dem Hintergrund ab, dass die Deutsche Krankenhausgesellschaft für 2008 und 2009 eine ermittelte Finanzierungslücke von 6,7 Mrd. Euro für die Krankenhäuser belegt und deshalb bereits die bisher zugesagten Mittel für nicht annähernd ausreichend hält, um das Problem zu lösen. Sie führt zudem